

Uta Zapf

Antrag A 001 redaktionelle Überarbeitung (Stand 6.6.22)

Zeitenwende gestalten

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Der brutale völkerrechtswidrige Krieg Putins gegen die Ukraine hat die schon länger brüchige Weltfriedensordnung erschüttert. Mit Recht kann dieser Krieg als „Zeitenwende“ bezeichnet werden, es ist ein Weckruf an alle demokratischen Länder, diesem Angriff auf die Weltfriedensordnung der UNO und die europäische Sicherheitsordnung, die in der OSZE in der Schlussakte von Helsinki von 1975 und in der Charta von Paris verankert sind, abzuwehren. Diese Werteordnung gründet auf den Prinzipien Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung, Achtung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit von Grenzen, sowie dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Sie verpflichten zur friedlichen Streitbeilegung von Konflikten. Dazu wurden zahlreiche Instrumente im Rahmen der UNO, der OSZE, der EU und der NATO geschaffen. Die Diplomatie und alle anderen Versuche der Konfliktbeilegung sind in dem Konflikt Putins mit der Ukraine gescheitert.

Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bundesregierung in ihrem Vorgehen bei den Sanktionen und ermutigt sie, diese Sanktionen so streng wie möglich auszugestalten, um ihre Wirksamkeit zu gewährleisten. Die SPD Hessen-Süd ermutigt die Bundesregierung, der Ukraine höchstmögliche humanitäre, finanzielle und militärische Unterstützung zu leisten.

Waffenlieferungen

Völkerrechtlich ist es nach Art. 51 UNO-Charta legitim, der angegriffenen Ukraine zur Hilfe zu kommen, bis der Sicherheitsrat eine Entscheidung fällt. Das russische Veto verhindert eine Entscheidung des Sicherheitsrates. Folglich müssen die USA, die europäischen Staaten und die NATO auch aus Eigeninteresse Putins Expansionsgelüste stoppen.

Die SPD Hessen Süd unterstützt deshalb die Entscheidung, der Ukraine Waffen für ihre Verteidigung zu schicken. Diese Waffenlieferungen müssen sehr schnell erfolgen, eine Unterscheidung nach offensiven und defensiven Waffen ist unsinnig angesichts der Kriegssituation vor Ort. Angesichts der schweren Kriegsverbrechen und des vermuteten Genozids ist es in unserem eigenen Interesse, schnell alles, was erforderlich ist, zu schicken, um

Putin keinen Sieg in der Ukraine zu ermöglichen. Wenn Putin nicht in der Ukraine gestoppt wird, wird es weitere Eroberungsgelüste geben.

Funktionsfähigkeit der UNO verbessern

Schon von Anfang ihrer Existenz ist die Funktionsfähigkeit der UNO durch das Veto der fünf Vetomächte beeinträchtigt. Seit Jahrzehnten gibt es Reformvorschläge, die regelmäßig scheitern. Die Mitgliedsstaaten haben in vielfältiger Weise gegen die Charta der UNO verstoßen und Sicherheitsratsbeschlüsse ignoriert. Es ist dringend nötig, auf der Respektierung der regelbasierte Ordnung zu bestehen.

Der russische Überfall auf die Ukraine hat sichtbar gemacht, dass die Funktionsfähigkeit dieser wichtigen Weltorganisation in Gefahr ist und die vielfach beschworene „Weltunordnung“ die Sicherheit aller Länder gefährdet. Es muss verhindert werden, dass Staaten rücksichtslos machen, was ihnen gefällt. Kurzfristig ist es deshalb nötig, mit den Mitteln, die zur Verfügung der Mitgliedsstaaten stehen, zu arbeiten.

Die SPD Hessen-Süd fordert deshalb die Bundesregierung auf:

1. Die Initiative Lichtensteins tatkräftig zu unterstützen, die Generalversammlung in strittigen Fällen, wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, durch den „Uniting for Peace“ Mechanismus zu befassen und eine Empfehlung der Generalversammlung zu ermöglichen. Auch wenn diese keine rechtliche Verbindlichkeit hat, hat ein solches Vorgehen politisches Gewicht.
2. in Gesprächen die fast 40 Länder, die sich in der Generalversammlung am 2.3.22 bei der Resolution zur Verurteilung des Angriffs auf die Ukraine enthalten haben, zu einer anderen Haltung zu bewegen
3. den Internationalen Gerichtshof (IGH) zu stärken und die Respektierung seiner Urteile zu fördern
4. den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bei der Aufklärung der Kriegsverbrechen in der Ukraine zu unterstützen und zu stärken, sowie alle Staaten, die sich bisher nicht dessen Gerichtsbarkeit unterworfen haben, zur Anerkennung zu bewegen, unter anderem die USA
5. diejenigen Nicht-Regierungsorganisationen zu unterstützen, die unter schwierigsten Umständen in der Ukraine die Beweise für Kriegsverbrechen sammeln.
6. langfristig sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrates einsetzen, um das Vetorecht abzuschaffen und eine gerechtere Vertretung der Staaten der Welt bei den permanenten Sitzen zu ermöglichen.

Die OSZE funktionsfähig erhalten und stärken

Die OSZE, die im Kalten Krieg durch einen langen, mühsamen Diskussionsprozess aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) entstanden ist, hat auf den Werten der UNO basierend ein funktionierendes Sicherheitssystem für Europa hervorgebracht. Ein besonderes Verdienst bestand in den Bereichen konventioneller Abrüstung, Vertrauensbildung und Transparenzmaßnahmen. Darüber hinaus waren die Wahrung der Menschenrechte, der Schutz von Minderheiten und die friedliche Streitbeilegung erfolgreiche Aufgabenfelder. Alle Abrüstungsabkommen, die in Europa für große Schritte bei der konventionellen Abrüstung gesorgt haben, sind heute nicht mehr in Kraft. Die Werte Demokratie, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte geraten gefährlich ins Wanken. Da die OSZE aber als Organisation mit 57 Staaten, die Europa, Nordamerika und alle Staaten der ehemaligen Sowjetunion umfasst, ein wichtiges Kommunikationsorgan ist und bleiben soll, gilt es, die Organisation zu schützen und zu stabilisieren. Viele der Mitgliedsstaaten haben eigene wichtige Interessen an der Tätigkeit der OSZE. Daran muss festgehalten werden, um langfristig wieder volle Funktionsfähigkeit entfalten zu können. Dies wird einen langen Atem und auch Reformen brauchen. Wichtig ist, an den Grundwerten festzuhalten. Dies kann nach der Putin-Ära zum Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur führen.

Die Bundesregierung muss sich für die Freilassung der von Russland gefangen gesetzten Mitglieder der OSZE Mission in der Ukraine einsetzen und sicherstellen, dass Mitglieder von OSZE-Missionen besonderen Schutz genießen. Nur so können die wertvollen Dienste, die solche Missionen leisten, auch künftig gewährleistet werden.

Neue Bedrohungsanalyse erstellen

Nachdem sichtbar wird, dass die alte Sicherheitsordnung zerbrochen ist, dass Angriffskriege und territoriale Expansionsansprüche möglich sind, müssen USA, NATO, EU und die nationalen Staaten eine neue Bedrohungsanalyse erarbeiten, die der Lage angemessen ist. Alte existierende Bedrohungen, wie Nuklearwaffen, konventionelle Waffen und ihr Aufwuchs müssen bewertet werden, ebenso neue Risiken wie Cyberangriffe, hybride Kriegsführung, neue innovative Technologien und Weltraumrisiken. In vielen Bereichen wird man als Konsequenz neue Maßnahmen einführen müssen und neue Strategien entwickeln. Bei allen Maßnahmen muss aber darauf geachtet werden, dass kein Rüstungswettlauf provoziert wird und bei Innovationen Technikfolgeabschätzungen stattfinden, um gefährliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Vor allem dürfen noch

bestehende Verbotsabkommen, Abrüstungsverträge und Konventionen nicht gefährdet werden.

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, in diesem Zusammenhang immer darauf zu beharren, dass das Ziel einer atomwaffenfreien Welt nicht aufgegeben wird.

Cybersicherheit

Für die menschliche Sicherheit und für die militärische Sicherheit eines Landes gewinnt die Cybersicherheit an Bedeutung. In Zeiten zunehmender hybrider Kriegführung ist der Schutz der zivilen und militärischen Infrastruktur von vordringlicher Bedeutung. Durch feindliche Angriffe auf die Internetstrukturen von Energieunternehmen, Krankenhäusern, Verkehrssystem und Finanzinstitutionen sowie anderen lebenswichtigen Einrichtungen, kann ein Staat erheblich beeinträchtigt werden. Auch Firmen müssen ihre Sicherheitsstrukturen verbessern. Befreundete Staaten der EU, der NATO und der USA und anderer demokratisch orientierte Länder, müssen enger zusammenarbeiten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Neben dem Bereich des Cyber Warfare ist auch das präventiv wirkende Feld der Informationssicherheit, sowie größerer Souveränität, Kompetenz und Resilienz in der Informationsgesellschaft zu stärken.

Aufbau und Reform der Bundeswehr

Die SPD Hessen-Süd unterstützt die Bemühungen der Bundesregierung, die Bundeswehr zu sanieren und zu reformieren. Sie muss für neue Herausforderungen gerüstet sein. Die SPD Hessen-Süd unterstützt deshalb das Vorhaben von Olaf Scholz, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zu diesem Zweck einzurichten, um die Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr zu beheben und notwendige neue Waffensysteme zu beschaffen, die zur Erfüllung der Aufgaben bei der Landes- und Bündnisverteidigung benötigt werden.

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, dabei folgendes zu beachten:

1. Alle Investitionen und Anschaffungen, die nicht nur Ausrüstungsdefizite für die Soldaten betreffen, müssen auf einer sorgfältigen Bedrohungsanalyse beruhen, das Fähigkeitsprofil muss entsprechend weiterentwickelt werden
2. Eine Analyse, welche Aufgaben die Bundeswehr in Zukunft wahrnehmen soll, muss Grundlage der Beschaffungsentscheidungen sein (Landes- und Bündnisverteidigung, Aufgaben im Rahmen der GSVP/EU, Blauhelmeinsätze der UNO, Auslandseinsätze?)
3. Für diese Aufgaben braucht es die adäquate Ausrüstung der Soldaten: Bekleidung, Waffen, Schutzausrüstung, Nachtsichtgeräte und Kommunikationsausrüstung. Ebenso Waffen und Gerät, die für die

- identifizierten Aufgaben gebraucht werden, (Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Helikopter, Drohnen, Transport- und Kampfhubschrauber u.a.)
4. Der Bedarf muss sorgfältig ermittelt, mit dem Bundestag abgestimmt und transparent kommuniziert werden.
 5. Die Beschaffung muss ebenfalls mit der NATO und der EU abgestimmt werden, um Synergien zu nutzen, Typenvielfalt zu reduzieren, Kompatibilität und Interoperabilität zu gewährleisten und Kosten zu sparen.

NATO stärken, Staaten schützen

Im Juni 2022 wird die NATO einen Gipfel in Lissabon abhalten und ihr Strategisches Konzept überarbeiten. Das letzte Strategische Konzept stammt aus dem Jahr 2010. Seitdem hat sich das Sicherheitsumfeld dramatisch verändert. Vorarbeiten zur Anpassung fanden in einem intensiven Beratungsprozess seit 2019 statt. Seit November 2020 liegt das Konzept „NATO 2030“ vor. Im November 2021 gab der NATO-Gipfel in Brüssel schon eine Vorausschau der zu erwartenden Veränderungen des Strategischen Konzepts. Aber die sich überstürzenden Ereignisse seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands werden zweifellos weitere Überlegungen nach sich ziehen. Die neuen Bedrohungen hybrider Kriegsführung, Cyberwar, Weltraumrisiken werden genauso berücksichtigt werden, wie neue innovative Technologien. Die geplanten verstärkten Vorkehrungen gegen Aggressionen, der Aufbau notwendiger Verteidigungssysteme und notwendiger Infrastruktur muss mit allen NATO-Mitgliedern sorgfältig abgestimmt werden und mit den Vorhaben der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kompatibel sein. Doppelstrukturen müssen vermieden werden. Die Verstärkung der NATO ist angesichts der zunehmenden Bedrohung notwendig. Die SPD wird aber darauf achten, dass durch Entscheidungen der NATO keine unnötigen Konfrontationen aufgebaut werden.

Die Bedrohung der osteuropäischen NATO-Staaten führt schon jetzt zu einer verstärkten Dislozierung von NATO-Truppen in diesen Ländern. SPD Die Hessen-Süd bittet die Bundesregierung, bei Entscheidungen über zusätzliche Stationierung von NATO-Truppen und neue Basen in den osteuropäischen Ländern, dies wie bisher nicht als ständige Stationierung vorzusehen, sondern auf rotierender Basis. Ebenso soll sich die SPD der Stationierung von Nuklearwaffen in diesen Ländern widersetzen. Die NATO würde mit solchen Maßnahmen von sich aus die NATO-Russland Grundakte verletzen. Auch wenn Russland unendlich viele Verträge verletzt hat, muss sich die NATO nicht ihrerseits ins Unrecht setzen. Einhaltung von Verträgen ist ein wichtiger Bestandteil der wertebasierten Sicherheitsordnung, die erhalten werden muss. Bei geänderten Rahmenbedingungen nach Putin wären wichtige Grundlagen zur Kommunikation mit Russland nicht zerstört.

Exkurs zur NATO-Russland Grundakte: Dieser Vertrag von 1997 regelt die Kooperation der NATO mit Russland. Die NATO hat sich darin verpflichtet, keine Nuklearwaffen in den neuen NATO-Ländern zu stationieren und sieht eine Begrenzung bei der Stationierung von NATO-Truppen vor. Ergänzungen der Kontingente sind vorübergehend möglich. Seither lässt die NATO Teile ihrer Truppen rotieren.

Im Jahr 2010 bemühte sich die Bundesregierung (damals CDU/CSU-FDP) um die Entfernung der US-Nuklearwaffen aus Europa und aus Deutschland. Die SPD und Bündnis 90/die Grünen unterstützten diese Anliegen. Damals wurde es, trotz ähnlicher Forderungen in anderen europäischen Ländern, aufgrund des Protestes vor allem der osteuropäischen NATO-Länder, verworfen. Die neue Bundesregierung unter Olaf Scholz hat dieses Anliegen nicht weiterverfolgt und der Beschaffung eines neuen Trägersystems für die in Deutschland stationierten US-Nuklearwaffen als Ersatz für den Tornado zugestimmt. Angesichts des Ukrainekrieges kann die Forderung nach der Entfernung der US-Nuklearwaffen aus Deutschland nur mittelfristig umgesetzt werden. Die SPD hält aber an ihrem Ziel einer Welt frei von Nuklearwaffen fest.

Nukleare Abrüstung

Die unverhohlenen Drohungen Putins mit Nuklearwaffen im Ukraine-Krieg bringt die Welt an den Abgrund einer nuklearen Katastrophe. 77 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki droht ein nuklearer Schlagabtausch die Menschheit ins Verderben zu stürzen.

Politiker und Wissenschaftler vermuten, Putin könne (taktische) Nuklearwaffen einsetzen, weil er diesen Krieg um jeden Preis gewinnen will. Vor dem Angriff auf die Ukraine warnte Putin westliche Länder, sich aus dem Konflikt herauszuhalten: Jedes Land, das sich einmische, habe Konsequenzen zu erwarten, „die noch nie in der Geschichte dagewesen sind.“ Kurz darauf versetzte er seine Nuklearwaffen in erhöhte Bereitschaft. Bisher haben Nachrichtendienste allerdings keine praktischen Vorbereitungen Russlands beobachten können. Der stellvertretende Vorsitzend des Sicherheitsrates Russlands, Medwedew, legte kräftig mit Drohungen nach, indem er eine ganze Reihe von Rechtfertigungen zum Einsatz nuklearer Waffen vortrug. Tatsächlich hat Russland im Jahr 2000, zur Zeit des Tschetschenienkrieges, seine Nukleardoktrin dahin verändert, dass bei einem militärischen Konflikt, in dem Russland zu unterliegen drohe, es mit einem limitierten nuklearen Schlag antworten werde – das Ganze nannte sich „Deeskalation“! Im Jahr 2010 änderte Russland nochmals seine Nuklearstrategie dahin, dass die Anwendung nuklearer Waffen im Falle eine Bedrohung der Existenz Russlands erfolgen werde. Im März 2022 warnte Medwedew, sollte die Welt mit ihrer Verschwörung zur Zerstörung von Russland fortfahren, werde dies

auf eine atomare Katastrophe für die Welt zusteuern. Er baut den Mythos auf, seit dem Ende des Kalten Krieges habe sich die USA verschworen, Russland zu zerstören. Sollten die USA ihr Ziel erreichen (Russland „gedemütigt, eingeschränkt, zerschmettert, geteilt und zerstört“), dann werde der Welt eine „dystopische Krise“ bevorstehen, die in einer großen atomaren Explosion enden werde.

Vor einem Jahr, Anfang Februar 2021, nach dem Amtsantritt Präsident Bidens hatte es ganz anders ausgesehen. Präsident Biden, der sich schon in seinem Wahlkampf für nukleare Abrüstung und die Einführung eines No-First-Use in der neuen Nuklearstrategie der USA ausgesprochen hatte, verlängerte das NEW START-Abkommen mit Präsident Putin kurz vor seinem Auslaufen um zunächst 5 Jahre bis 2026. Damit bleibt zunächst das letzte noch gültige Abkommen über die Begrenzung nuklearer Arsenale bestehen, nachdem Präsident Trump das für Europa so wichtige Mittelstreckenabkommen (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty (INF)) zur vollständigen Eliminierung von Nuklearwaffen von einer Reichweite zwischen 500 bis 5500 km, aufgekündigt hatte.

Am 16. Juni 2021 trafen sich Präsident Biden und Präsident Putin in Genf zu Abrüstungsgesprächen. Dort wiederholten die beiden Präsidenten den berühmten Satz ihrer Vorgänger Reagan und Gorbatschow anlässlich der Unterzeichnung des INF-Vertrages in Reykjavik 1987: **„Ein Nuklearkrieg kann nicht gewonnen werden und darf nie ausgefochten werden.“** Noch im Dezember verkündeten die fünf offiziellen Nuklearmächte USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich (genannt P5) in einer gemeinsamen Erklärung, dass „keine ihrer Nuklearwaffen auf einander noch auf irgendeinen anderen Staat gerichtet sei.“

Am 27. Juli 2021 nahmen die Delegationen der USA und Russlands Verhandlungen zur „Strategischen Stabilität“ auf. Eine Fortsetzung dieser Gespräche hat es nicht gegeben. Stattdessen droht Putin jedem, der sich ihm in den Weg stellt, mit einem Nuklearschlag.

Exkurs: Strategische Stabilität bedeutet, dass ein ungefähres Gleichgewicht zwischen den Parteien/Staaten besteht in Bezug auf ihre Rüstungen und Arsenale bzw. Fähigkeiten, dass Unverwundbarkeit nicht auf Kosten der anderen gesucht wird. Bei weitgehend fehlenden Rüstungskontrollvereinbarungen und bei zunehmender Tendenz, Schutz vor Angriffen durch Raketenabwehrsysteme zu erlangen, bei anhaltendem Rüstungswettlauf durch neue Technologien, Modernisierung von Nuklearwaffen und neuen Waffendesigns ist es ein unbedingtes Erfordernis, Eskalation zu vermeiden. Verschärfend wirken fehlende Transparenz und Vertrauensbildende Maßnahmen. Verabredungen über Rüstungsbegrenzungen oder gemeinsame Abrüstungsschritte wären dringend erforderlich, sind aber in der augenblicklichen Situation nicht zu erwarten.

Seit Jahrzehnten befindet sich die Abrüstungspolitik in einer Krise. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag, auch Atomwaffensperrvertrag genannt (Nonproliferation Treaty – NPT) von 1970, verpflichtet die Nuklearmächte (USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich), die Vertragspartner sind, zur Abrüstung ihrer Nuklearwaffen bis zum Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt (Indien, Pakistan, Israel und Nord-Korea sind keine Vertragspartner). Dieser Verpflichtung sind die Nuklearwaffenstaaten noch nie im erforderlichen Maße nachgekommen. Der Vertrag sollte zunächst auf 25 Jahre gelten und wurde im Jahr 1995 unbefristet verlängert. Bei den turnusgemäßen Überprüfungskonferenzen, die alle 5 Jahre stattfinden, wird der jeweilige Fortschritt festgestellt und weitere Schritte festgelegt. Im Jahr 2000 wurden 13 Schritte zur vollständigen atomaren Abrüstung beschlossen, was als großer Erfolg galt.

Von diesen 13 Schritten wurden viele bis heute nicht umgesetzt, einige in ihr Gegenteil verkehrt.

Bis heute ist das Verbot von Nukleartests (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty (CTBT)) von 1996 nicht in Kraft getreten, obwohl eine voll funktionsfähige Organisation zur Überwachung der Einhaltung existiert und auch arbeitet. Die Vertragsstaaten haben sich auf ein Moratorium des Testens verpflichtet, bis der Vertrag in Kraft treten kann. Es fehlen noch wichtige Staaten, die nicht ratifiziert haben, unter anderem die USA.

Es gibt bis heute keinen fertig ausgehandelten Vertrag zum Verzicht auf die Herstellung waffenfähigen Nuklearmaterials (Fissile Material Cut-Off Treaty (FMCT)), obwohl ein fast fertig ausgehandelter Entwurf (sog Shannon-Mandat von 1995) in der UN Conference on Disarmament (CD=Genfer Abrüstungskonferenz) vorliegt. Seit Jahrzehnten ist die CD fast arbeitsunfähig, oft können sich die Teilnehmerstaaten nicht einmal auf ein Arbeitsprogramm einigen.

Der Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen (Anti-Ballistic-Missile Treaty (ABM)) wurde nicht gestärkt, sondern von Präsident Bush 2002 gekündigt. Dadurch wurde ein Wettüben bei Raketen und bei Raketenabwehr ausgelöst. Transparenzmaßnahmen wurden nicht ausgebaut, substrategische Nuklearwaffen nicht abgebaut. US substrategische (oder taktische) Nuklearwaffen sind heute noch in Europa stationiert, und sie werden modernisiert. Der operationale Status von Nuklearwaffen wurde nicht gesenkt (sog. De-alerting), sie sind nach wie vor im Alarmzustand und kurzfristig abfeuerbar, was die Vorwarnzeit verkürzt. Die Rolle von Nuklearwaffen in Doktrinen und Strategien hat eher zugenommen.

Alle Nuklearmächte rüsten ihre Nukleararsenale auf und modernisieren sie.

Exkurs Modernisierung, neue Nuklearwaffen und neue Technologien: Alle Nuklearwaffenstaaten modernisieren ihre Atomwaffen. In den USA wird eine neue Nuklearstrategie erstellt, um die es starke Auseinandersetzungen gibt. So wollen die Befürworter neue Interkontinentalraketen entwickeln und die

gesamte nukleare Triade (Heer, Luftwaffe, Marine) erneuern. Seit Jahren wird an der Minimalisierung von Atomwaffen und ihrer Präzisierung gearbeitet. Kleinere, mit weniger Sprengkraft versehene Sprengköpfe und zielgenauere Waffen bergen die Gefahr, sie als Kriegsführungswaffen einsetzen zu können. Die in Europa stationierten Nuklearwaffen sind soeben modernisiert worden und werden demnächst stationiert, die alten Bomben werden ausgetauscht. Russland modernisiert seit Jahren seine Arsenale und hat neue Systeme entwickelt, die nach der Kündigung des INF-Vertrages auch stationiert worden sind. Es gibt zwar insgesamt weniger nukleare Sprengköpfe in der Welt als im Kalten Krieg, aber alle Staaten rüsten auf. Die vorhandenen Rüstungskontrollabkommen zwischen den USA und Russland, die zusammen 90% der Atomwaffen, sind bis auf NEW START nicht mehr in Kraft. Großbritannien hat beschlossen, modernisierte Trident-Sprengköpfe auf seine U-Boote zu beschaffen und die Anzahl der Sprengköpfe zu erhöhen. Frankreich hat modernisiert, aber keine zusätzliche Aufrüstung beschlossen. China, das keinem Abrüstungsabkommen angehört, baut seit Jahrzehnten langsam und systematisch seine Raketenkapazitäten aus. In letzter Zeit wurden Vorbereitungen für zahlreiche neue Raketenstandorte beobachtet. Indien und Pakistan testen beständig neue Raketen, ebenso Nord-Korea. Sie alle erweitern ihre Arsenale. Israels Nuklearwaffen werden nicht bestätigt und nicht benannt.

Ein besonderes Thema sind neue Technologien. Davon verstehe ich noch nicht genug, muss aber miteinbezogen werden. Stichwort: Cyber, Hypersonic, autonome Systeme, sog. EDTs = Emerging and Disruptive Technologies. Hier müssen wir uns noch schlau machen.

Nach dem Überfall Putins auf die Ukraine, den Kriegsverbrechen und den unverhohlenen Drohungen mit einem Nuklearschlag ist die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrages noch unsicherer geworden. Die letzte erfolgreiche Überprüfungskonferenz war im Jahr 2010, wo man sich zum letzten Mal auf ein Abschlussdokument einigen konnte, das im Prinzip den 2000 gefundenen Konsens ausbuchstabierte. Umgesetzt wurde allerdings nichts. 2015 gab es keine Einigung. Die für 2020 fällige Überprüfungskonferenz wurde wegen Corona verschoben und soll jetzt im August 2022 stattfinden.

Es steht zu befürchten, dass auch 2022 kein Fortschritt erreicht werden wird. Es ist aber besonders wichtig, eine klare Linie aufrecht zu erhalten.

Die Bundesregierung und die EU sollten folgende dringende Forderungen einbringen:

1. Ratifizierung des CTBT und bis zur und bis zum endgültigen Inkrafttreten Einhaltung des Testmoratoriums und Verzicht auf subkritische Tests.

Exkurs subkritische Tests: Bei diesen Tests wird keine Kettenreaktion ausgelöst und sie sind durch den Vertrag nicht verboten. Diese Tests sollen der Überprüfung der Sicherheit vorhandener Nuklearwaffen dienen, sie dienen aber auch der Modernisierung und unterlaufen somit den Vertrag. Die USA haben zwischen 2010 bis 2021 neun subkritische Tests durchgeführt.

2. Aufnahme von Verhandlungen über ein Verbot von waffenfähigem Nuklearmaterial auf der Grundlage des Shannon-Mandates.

3. Verzicht auf Modernisierung von Nuklearwaffen, auch der taktischen Atomwaffen, die in Europa stationiert sind.

Exkurs taktische Atomwaffen: Nuklearwaffen geringerer Reichweite und geringerer Sprengkraft, auch Gefechtsfeldwaffen genannt. Die in Europa stationierten US-Nuklearwaffen sind taktische Waffen. Sie werden z.Z. modernisiert, zielgenauer und mit größerer Durchschlagskraft versehen. Die Gefahr ist, dass sie damit als Kriegsführungswaffen genutzt werden und nicht nur zur Abschreckung dienen sollen. Russland verfügt über eine unbekannte Anzahl von Gefechtsfeldwaffen (=taktische oder substrategische Waffen), die entweder konventionell oder nuklear sein können. Sie werden in der konventionellen Variante in der Ukraine eingesetzt. Wahrscheinlich sind nukleare Varianten in Kaliningrad stationiert.

4. Forderung auf Fortsetzung von Nuklearverhandlungen, um für die Zeit nach 2026, wenn NEW START ausläuft, nicht ohne neue Begrenzungsvereinbarung dazustehen. Versuch, China miteinzubeziehen.

5. Forderung, dass alle Nuklearwaffenstaaten sich verpflichten, ihre Arsenale nicht aufzustocken.

6. Verstärkte Transparenzmaßnahmen, was die Nuklearwaffenarsenale der Nuklearwaffenstaaten betrifft.

7. De-alerting von Nuklearwaffen, d.h. keine hohe Alarmbereitschaft mehr, sondern Aufbewahrung der Sprengköpfe separat von den Trägersystemen zur Erhöhung der Vorwarnzeit.

8. Aufnahme von Verhandlungen über Doktrinen und Strategien, um die Rolle von Nuklearwaffen abzusenken. Aufforderung an alle Nuklearwaffenstaaten, einen Verzicht auf den Ersteinsatz zu erklären (NO-FIRST-USE).

Exkurs zu Doktrinen und Strategien: Nukleardoktrinen haben sich immer wieder verändert. Russland hatte von 1982 bis 1997 eine erklärte No-First-Use Strategie. Dann wurde sie geändert, so dass Nuklearwaffen eingesetzt würden, wenn die Existenz des Staates gefährdet wäre. Im Jahr 2000 gab es eine Verschärfung, so

dass Nuklearwaffen dann eingesetzt werden könnten, wenn es sonst kein anderes Mittel gäbe, das Überleben des Staates zu garantieren. Frankreich geht noch weiter und erklärt, Nuklearwaffen auch zur Vorbeugung und letzte Warnung sowie gegen chemische und biologische Waffen einsetzen zu wollen. Dies unterminiert die beiden Konventionen gegen Massenvernichtungswaffen – Chemiewaffenkonvention und Biologische Waffenkonvention. Großbritannien hat 2020 ebenfalls erklärt, Nuklearwaffen gegen chemische und biologische Waffen einzusetzen. China hat von Anfang an ein No-First-Use erklärt und dies 2005 nochmals bekräftigt. 1984 hat China einen Vertrag über den Verzicht auf Ersteinsatz vorgeschlagen. Deutschland hat 1998 in der NATO den Vorschlag eingebracht, auf einen Ersteinsatz zu verzichten, ist aber verprügelt worden!!

9. Aufforderung an alle Staaten, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW)) anzuschließen, der Anfang des Jahres in Kraft trat und von mehr als 80 Staaten ratifiziert wurde.

10. Vorschlag, über einen neuen Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehr zu verhandeln.

Exkurs Raketenabwehrvertrag: Der sog. ABM-Vertrag (Anti-Ballistic Missile Treaty) wurde 1972 geschlossen und 2002 von den USA gekündigt. Im Vertrag war eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme auf jeweils begrenzte Anzahl verabredet. Die sollte eine einseitige Verwundbarkeit einer Seite verhindern. Der Wegfall des Vertrages hat zu einem Rüstungswettlauf in Abwehrsystemen und abwehrüberwindenden Raketensystemen geführt.

Gerade die eskalierende Situation des Ukrainekrieges zeigt, wie wichtig es ist, einen nuklearen Krieg zu verhindern. Nuklearwaffen sind inhumane Vernichtungswaffen, sie treffen ohne Unterschied Kombattanten und Zivilbevölkerung. Sie müssten als Kriegsverbrechen geächtet werden. Der Internationale Gerichtshof hat im Jahr 1997 ein Gutachten abgegeben, das eigentlich eine solche Schlussfolgerung nötig macht. Die SPD muss sich gerade in dieser Situation dafür einsetzen, dass Nuklearwaffen niemals mehr eingesetzt werden. Die humanitären Folgen eines auch nur begrenzten Nukleareinsatzes wären verheerend. Eine einzige Nuklearwaffe auf eine Großstadt abgeworfen würde fast alle ihre Einwohner töten und verheerende Folgen für das Klima, die Welternährung, die Gesundheitssysteme haben. Die sozialen und ökonomischen Kosten wären unübersehbar.

Die SPD sollte sich deshalb für einen Verzicht auf den Ersteinsatz, also einen No-First-Use, einsetzen. Auch ein einseitig von der NATO erklärter No-First-Use würde die Hemmschwelle für den Einsatz von Nuklearwaffen senken.

Konventionelle Abrüstung

Alle nach dem Kalten Krieg beschlossenen konventionellen Abrüstungsverträge sind nicht mehr in Kraft. Der besonders wichtige „Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa“ (KSE), der 1990 von 22 Regierungschefs der NATO und des Warschauer Paktes unterzeichnet wurde und zu Abrüstung von über 50.000 offensiven Waffensystemen geführt hat, ist von Russland in der Umsetzung ausgesetzt und 2015 faktisch verlassen worden. Grund war die Nichtratifizierung des 1999 geänderten angepassten Nachfolgevertrages (AKSE) durch die NATO Staaten.

Es ist illusorisch, zum jetzigen Zeitpunkt auf neue Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung zu hoffen. Die Bundesregierung sollte aber deutlich ihre Bereitschaft signalisieren, nach Beendigung des Krieges zu neuen Verhandlungen bereit zu sein. Es muss deutlich werden, dass es neue Friedensregelungen geben muss, die Abrüstung, Vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenz und Kooperation beinhalten. Die Strukturen sind vorhanden. Modelle können die in der OSZE entwickelten Instrumente sein: Das „Forum für Sicherheitskooperation“ und das „Wiener Dokument“. Alle diese Instrumente existieren noch, werden aber nicht mehr ausreichend genutzt. Das „Wiener Dokument“ regelt alle Maßnahmen zur Vertrauensbildung, z.B. Manöverbeobachtung und –vorankündigungen, Informationsaustausch zu Verteidigungsplanung und Bewaffnung, militärische Kontakte und Mechanismen zur Minderung von Risiken sowie Verifikationsmöglichkeiten. Damit kann Transparenz geschaffen und Vertrauen aufgebaut werden. Es ist wichtig, diese Institutionen zu erhalten, um die Möglichkeit zu behalten, sie neu zu beleben und zu reformieren.

Die Bundesregierung soll sich im Rahmen der OSZE bemühen, immer wieder Vorstöße zu Reformen und zur Weiterentwicklung des „Forums für Sicherheitskooperation“ und des „Wiener Dokumentes“ zu versuchen

Nicht-militärische Elemente der Sicherheitspolitik bewahren

Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts sind in der UNO, in der OSZE, in der EU und auch national wichtige Elemente für die Krisenprävention und das Krisenmanagement aufgebaut worden. Beruhend auf den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, die eine Streitbeilegung durch friedliche Mittel vorsieht, hat Generalsekretär Butros Butros Ghali eine „Agenda for Peace“ vorgelegt, die zahlreiche Instrumente zur friedlichen Konfliktbeilegung beschreibt. Ebenso hat die OSZE viele notwendige Einrichtungen geschaffen, die in Konfliktfällen zur Befriedung helfen können. Deutschland hat ein umfangreiches Konzept „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und

Friedenskonsolidierung“ erarbeitet und setzt es mit zahlreichen Projekten um. An dieser Politik darf es keine Abstriche geben. Frieden ist ohne Entwicklung nicht möglich, sagte schon Willy Brandt. Die SPD hat schon 2005 das Konzept „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der Deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ entwickelt. Der Bericht zur Entwicklungspolitik 2017 trägt den Titel: „Entwicklungspolitik als Zukunfts- und Friedenspolitik“, und weist mit diesem programmatischen Titel auf die Notwendigkeit hin, in der Entwicklungspolitik für soziale Gerechtigkeit und Interessenausgleich zu sorgen. Dies muss auch für die Handelsverträge gelten, die in der Verantwortung der EU liegen.

Die im Jahr 2015 von der Staatenwelt angenommene Agenda 2030 „Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development Goals“ ist in diesem Zusammenhang eines der wichtigsten Friedens- und Sicherheitsdokumente:

Die SPD Hessen Süd fordert die Bundesregierung auf, die Umsetzung der Verpflichtungen aus diesem Dokument mit Vordringlichkeit zu betreiben

Die Klimaveränderungen sind heute schon eine Ursache für Konflikte, Kriege und für Fluchtbewegungen. Dürre, Überschwemmungen, Stürme und steigende Ozeane bedrohen vielfältig die menschliche Sicherheit, die Gesundheit und die Ernährungschancen vieler Länder. Die schnelle Umsetzung aller Klimaverpflichtungen weltweit ist ein dringendes Problem, auch um neue Konflikte zu vermeiden.

Die SPD Hessen-Süd fordert die Bundesregierung auf, konsequent alle notwendigen Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen